

Antrag

des Abgeordneten Dietmar Friedhoff, Ulrich Oehme, Markus Frohnmaier, Marc Bernhard, Jürgen Braun, Peter Felser, Dr. Götz Frömming, Dr. Axel Gehrke, Kay Gottschalk, Armin-Paulus Hampel, Mariana Iris Harder-Kühnel, Martin Hess, Karsten Hilse, Nicole Höchst, Martin Hohmann, Stefan Keuter, Jörn König, Dr. Birgit Malsack-Winkemann, Andreas Mrosek, Sebastian Münzenmaier, Tobias Matthias Peterka, Paul Viktor Podolay, Dr. Robby Schlund, Uwe Schulz, Detlev Spangenberg, Dr. Dirk Spaniel, Dr. Harald Weyel, Dr. Christian Wirth und der Fraktion der AfD

Post-COVID-19-Strategie zur Konzeptionierung, Neuausrichtung und Umsetzung einer nachhaltigen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Afrika

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Mehr als 2.980.000.000.000 (Billionen) US-Dollar dürften seit 1960 durch Industrieländern im Rahmen der Entwicklungshilfe an entwicklungsbedürftige Länder geflossen sein. Leistungen materieller und nichtmaterieller Art zu Vorzugskonditionen mit dem Ziel der Förderung der sozio-ökonomischen Entwicklung bzw. Verbesserung der Lebensbedingungen über Know-how-, Technologie- und Ressourcentransfer von den Industrieländern hin zu den Entwicklungsländer (<http://bogner-verlag.de/geldfluesse-in-der-entwicklungszusammenarbeit-seit-1960>).

Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten finanzieren mehr als die Hälfte der öffentlichen Entwicklungshilfe. Es handelt sich um ein Budget von mehr als 70 Milliarden Euro, das jedes Jahr für Ziele der nachhaltigen Entwicklung in den Empfängerländern ausgegeben wird. Deutschland ist der größte Geber mit einer Beteiligung von 25 Milliarden Dollar im Jahr 2018 (www.robert-schuman.eu/fr/questions-d-europe/0542-il-est-temps-de-reviser-les-objectifs-de-l-aide-publique-au-developpement).

Von 2011 bis 2017 betragen die Deutschen Netto-Zahlungen für Entwicklungshilfe im Rahmen der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (ODA) an Länder Afrikas Schätzungen zufolge ca. 28,86 Milliarden Euro. Trotz ihrer Größe hat diese Summe nie eine signifikante Auswirkung auf die Entwicklung der afrikanischen Länder gehabt. Im Gegenteil, diese Hilfe schafft eine Abhängigkeit, die von afrikanischen Führern, Hilfsorganisationen, NGOs und westlichen Regierungen aufrechterhalten wird, die das Opferbild Afrikas auszunutzen scheinen, um die Hähne der Hilfe offen zu halten.

Diese fortdauernde Abhängigkeit wiederum behindert jede Form der Widerstandsfähigkeit und die endogene Entwicklung Afrikas. Dies ist auch die These, die von den

berühmten afrikanischen Ökonomen Dambisa Moyo, James Shikwati und dem derzeitigen Präsidenten Ghanas, Nana Akufo-Addo, vertreten wird. Das zeigt, dass man Entwicklung nicht von außen provozieren kann. Länder wie China, Vietnam oder Singapur haben gezeigt, dass Entwicklung in erster Linie das Ergebnis des festen Willens einer Regierung ist, die sich auf ihre eigenen Kräfte stützt.

Auch Felwine Sarr, Professor für Ökonomie an der Universität Gaston Berger in Saint-Louis, Senegal, argumentiert ähnlich. Wirtschaft sei immer eingebettet in Kultur, Psychologie, sozialen Austausch und Beziehungen. Seit seiner Unabhängigkeit befindet sich Afrika unter einem Regime der Nachahmung, in der ausschließlich westliche Herangehensweisen zählen. Für einen tiefen Wandel der afrikanischen Ökonomie wäre es notwendig, dass sich Afrika seiner kulturellen Wurzeln besinnt: mehr Solidarität, mehr Gemeinschaftsdenken (www.derstandard.de/story/2000111639259/felwine-sarr-afrika-sollte-sich-seiner-kulturellen-wurzeln-besinnen).

Die derzeit einseitige Fixierung auf die Corona-Pandemie in Afrika bewirkt die Verzerrung und das Außerachtlassen des wirklichen Problems des Afrikanischen Kontinents – nach über 60 Jahren Entwicklungshilfe auch weiterhin am Tropf der Industrieländern zu hängen, darüber hinaus warnt die Impfallianz Gavi, dass durch den derzeitigen Ausfall von Impfungen es zu erheblichen Kollateralschäden in Bezug auf die allgemeine Gesundheit der Bevölkerung kommt – die langfristigen Folgen sind derzeit noch nicht abschätzbar. Bedingt durch den Shutdown ergeben sich weitere eklatante Probleme für die afrikanischen Staaten – politischer, sozialer und wirtschaftlicher Natur.

So scheinen die Kampagnen von Entwicklungsminister Gerd Müller, 50 Milliarden Euro einzusammeln, welche Afrika zur Überwindung der Krise braucht, von vornherein zum Scheitern verurteilt (www.sueddeutsche.de/politik/coronavirus-entwicklungshilfe-mueller-1.4888513). Im Gegenteil stellen die strukturellen Veränderungen, die die COVID-19-Krise Afrika aufzwingt, ein Fenster der Gelegenheit dar, das die Bundesregierung nutzen sollte, um ein neues Modell der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu erproben, das sowohl auf der endogenen afrikanischen Entwicklung als auch auf deutschen Wirtschaftsinteressen beruht und als Drei-Säulen-Modell – Industrialisierung, Energieversorgung und Ausbau der Infrastruktur – konzipiert sein sollte.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. sich für das Format eines wirtschaftlich orientierten Austausches zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den afrikanischen Staaten sowie der Afrikanischen Union einzusetzen,
2. die deutsche wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Afrika im allgemeinen Sinne in Übereinstimmung mit den panafrikanischen Dynamiken zu bringen, die auf den Grundlagen der afrikanischen Gesellschaften, Kulturen und Volkswirtschaften aufbauen,
3. die aktuellen Post-Cotonou-Verhandlungen sowie alle Marshallpläne und weiteren staatlichen Initiativen verschiedenster Bundesbehörden zu stoppen, da diese der Agenda 2063 der afrikanischen Staaten zuwiderlaufen,
4. bereits getätigte Neuzusagen im Rahmen der deutschen und europäischen staatlichen Entwicklungszusammenarbeit mit und in Afrika einzufrieren, soweit diese noch nicht rechtsverbindlich geworden sind,
5. die endogene Transformation der afrikanischen Volkswirtschaften in Verbindung mit der deutschen Privatwirtschaft unter Einbeziehung der afrikanischen Regierungen und der afrikanischen Privatwirtschaft im Rahmen der deutschen wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu forcieren und im Interesse Deutschlands mitzugestalten,

6. die wirtschaftlichen Chancen, die sich aus dieser Entwicklung ergeben zu nutzen, um auch für die deutsche Wirtschaft den afrikanischen Kontinent als Absatzmarkt für Technologietransfer zu erschließen,
7. die Infrastruktur- und Energiestrategie der Afrikanischen Union im Rahmen der deutschen wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit deutscher Technologie, Engineering und Beratungsleistungen zu unterstützen und aktiv mitzugestalten,
8. die aktuellen Synergien zur Schaffung einer panafrikanischen Freihandelszone (AfCFTA) im Rahmen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu unterstützen, um Teilhabe und Nachhaltigkeit für die afrikanische Bevölkerung mitzugestalten und zu forcieren,
9. die Rohstoffstrategie der Afrikanischen Union zu unterstützen und den damit verbundenen Industrialisierungsplan mit deutschen Technologien und Know-how mitzugestalten, um die Weiterverarbeitung der abgebauten Rohstoffe in Afrika sicherzustellen – zur Förderung von Wertschöpfungsketten, Schaffung von Arbeitsplätzen und den damit einhergehenden Wohlstandsgewinnen für Afrika,
10. durch diese Maßnahmen eine nachhaltige Resilienz des afrikanischen Kontinents gegenüber von wiederkehrenden globalen Krisen zu gewährleisten und gleichzeitig der aufrechterhaltenen Abhängigkeit von Entwicklungshilfe entschieden entgegenzuwirken,
11. sämtliche nachrangigen Projekte aller Bundesministerien, die nicht primär dem im Feststellungsteil genannten Drei-Säulen-Modell zuordenbar sind und in den Aufgaben- und Zuständigkeitsbereich der afrikanischen Staaten fallen, auslaufen zu lassen und keine neuen mehr aufzulegen, um den afrikanischen Staaten ihre Selbstständigkeit zurückzugeben und ihre Eigeninitiative zu fördern und zu stärken,
12. sämtliche Maßnahmen und Projekte, die der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit afrikanischen Partnerländern dienen, im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zu konzentrieren,
13. die Nothilfe in Katastrophenfällen weiterhin zu gewährleisten und sicherzustellen.

Berlin, den 10. Juni 2020

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion

Begründung

Auf dem afrikanischen Kontinent werden am 18. Mai 2020 nun 88.264 Infektionsfälle verzeichnet – davon 2.832 Todesfälle, 33.898 Genesene und 51.534 aktive Fälle. Die Hälfte der Infektionsfälle entfällt dabei auf vier Länder: Südafrika, Ägypten, Marokko, Algerien (<https://afrika.info/corona/>). So hat Afrika vergleichsweise sehr wenige Corona-Fälle. Dennoch hat die Krise den afrikanischen Kontinent fest im Griff und Afrika hätte selbst bei null Fällen schwer unter COVID-19 gelitten: die Volkswirtschaften der afrikanischen Länder südlich der Sahara, die in hohem Maße von Rohstoffen abhängig sind, sind bereits von der durch die Krise verursachten Verlangsamung des Handels betroffen.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind die Folgen der COVID-19-Pandemie nicht a priori gesundheitlicher sondern eher wirtschaftlicher Natur. Alles deutet darauf hin, dass die Wirtschaft der Region hart getroffen werden wird. Denn einerseits sind die Länder dieser Zone stark vom Export von Rohstoffen - Öl, Kakao, Baumwolle usw. – abhängig, die ihre Preise mit dem Rückgang der weltweiten Nachfrage sinken sehen. Nach UNCTAD-Daten

beträgt der Rückgang der Rohstoffpreise zum 25. März 2020 insgesamt 37 % im Jahresvergleich. Er beträgt 55 % für Kohlenwasserstoffe; der Preis für Kakao fiel um 11 % und der für Baumwolle um fast 23 % (Bericht UNCTAD März 2020, The Covid-19 Shock to Developing Countries: 1. Tabelle, Seite 7, https://unctad.org/en/PublicationsLibrary/gds_tdr2019_covid2_en.pdf). Auf der anderen Seite sind afrikanische Länder Importeure von Gütern des Grundbedarfs, deren Lieferketten durch die Corona-Krise stark gestört sind. Der mit der Verschlechterung der Terms of Trade verbundene Rückgang des Exportvolumens wird daher zu einem Problem der Nachhaltigkeit der Außenhandelskonten dieser Länder führen.

Zusätzlich zu diesem Defizit über den Handel sind viele afrikanische Länder von den Rücküberweisungen der Migranten abhängig, die für sie eine wichtige Quelle der externen Finanzierung darstellen. Diese afrikanischen Länder werden wahrscheinlich von dem Rückgang der Rücküberweisungen aufgrund der Verlangsamung bzw. der Unterbrechung der wirtschaftlichen Aktivität in den entwickelten Ländern betroffen sein.

In ähnlicher Weise ist anzumerken, dass einige afrikanische Länder, deren Tourismus ein wichtiger Teil der Wirtschaft ist, bereits mit der Einstellung von kommerziellen Flügen bestraft werden.

Dieser Grad der Vorhersehbarkeit der Folgen des COVID-19 zeigt, dass zumindest für Afrika die wirtschaftlichen Folgen dieser Pandemie nicht konjunkturbedingt sind – im Sinne eines Systems, das zu einem bestimmten Zeitpunkt einem Schock ausgesetzt ist –, sondern eher struktureller Art – im Sinne eines Systems, das bereit ist, fortwährende Schocks zu erleiden.

Und wenn also die Struktur der afrikanischen Volkswirtschaften das Problem ist, dann sollten wir nach Ansicht der Antragsteller zunächst die Faktoren der strukturellen Fragilität dieser afrikanischen Volkswirtschaften auflisten, die da sind: Entwicklungshilfe, Abhängigkeit von den Rücküberweisungen der Migranten, Abhängigkeit vom Rohstoffexport, Abhängigkeit von der Einfuhr von Gütern des Grundbedarfs oder zumindest die fehlende Industrialisierung, die die Verarbeitung von Rohstoffen und die Schaffung der notwendigen Arbeitsplätze ermöglichen könnte, usw.

Die Reaktionen auf die wirtschaftlichen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie in Afrika sollten die strukturelle Komponente stark berücksichtigen. Das allererste, was zu tun ist, ist die Abschaffung der bisherigen Entwicklungshilfe. Nach Ansicht der Antragsteller hat sich die bisherige Entwicklungshilfe zunehmend als entwicklungshemmender Faktor und einer der Hauptursache für die Fragilität der afrikanischen Volkswirtschaften erwiesen.

Wie die Ökonomin Dambisa Moyo sagt, gibt es kein Land auf der Welt, das durch Entwicklungshilfe ein signifikantes Wirtschaftswachstum und eine Verringerung der Armut erfahren hat, und Afrika kann keine Ausnahme bilden (www.contrepoints.org/2016/12/24/275946-laide-publique-developpement-fragilise-lafrique). Im Gegenteil schafft Entwicklungshilfe eine fortwährende Abhängigkeit. Daher werden die afrikanischen Volkswirtschaften nur dann ihr volles Wachstumspotenzial ausschöpfen können, wenn sie mit dem Hilfssystem brechen und durch eine endogene wirtschaftliche Transformation eine nachhaltige Resilienz gegen solche Schocks wie die aktuelle Corona-Krise aufbauen. Daher ist es nach Ansicht der Antragsteller wichtig, eine produktive Wirtschaft zu schaffen, damit die auf nationaler Ebene eingenommenen Steuern für die Bereitstellung öffentlicher Güter verwendet werden. Diese solide Finanzierungsbasis wird es auch ermöglichen, die öffentlichen Ausgaben mit den Wünschen der Bevölkerung in Einklang zu bringen, eine Art Wiederherstellung des Sozialpakts.

Wie bereits erwähnt, ist die Abhängigkeit von Rohstoffexporten, deren fallende Preise in Verbindung mit COVID-19 negative Auswirkungen auf die afrikanischen Volkswirtschaften haben werden, nicht neu. Somit würde dieser neue wirtschaftliche Schock, den die COVID-19-Krise darstellt, Afrika als Lehre dienen, die Diversifizierung seines Wirtschaftsgefüges zu forcieren und zu beschleunigen. In diesem Sinne müssen die in den letzten Jahren unternommenen Anstrengungen zur Schaffung von Infrastruktur und Industrialisierung fortgesetzt werden. Es ist auch eine Chance für Deutschland, sich als Entwicklungsakteur in Afrika zu positionieren, und dies liegt im deutschen Interesse.

Es ist daher dringend erforderlich, dass Deutschland seine Zusammenarbeit mit Afrika neu ausrichtet, indem es die wirtschaftliche Produktivität dieser Kooperation und ihren wirtschaftlichen Nutzen für beide Seiten viel stärker betont. Die Zukunft der deutschen Kooperation mit Afrika soll nun auf den Hauptsäulen der afrikanischen Strategie für Wirtschaftswachstum und Entwicklung ruhen. Diese Hauptsäulen der afrikanischen Wirtschaftsstrategie umfassen folgende Sektoren: Infrastruktur und Energie, die Schaffung eines afrikanischen Binnenmarkts und die neue afrikanische Rohstoffstrategie (diese letzte Säule sieht einen Industrialisierungsplan für den

gesamten Kontinent vor) (<https://au.int/en/videos/20190101/agenda2063-infrastructure-and-energy-initiatives>, <https://au.int/en/videos/20190101/african-continental-free-trade-area-afcfpa>, <https://au.int/en/videos/20190101/african-commodities-strategy>).

Somit würde eine neue deutsch-afrikanische Kooperation entstehen, die nicht im Widerspruch zu den eigenen afrikanischen Entwicklungszielen steht, sondern diese unterstützt, vertieft und stärkt. Der Nutzen ist sowohl auf deutscher Seite als auch auf afrikanischer Seite. Denn Deutschland leistet, was es leisten kann, das ist die Bereitstellung von Technologien. Afrika leistet auch was es kann, und das sind die Bereitstellung und die Verarbeitung von Rohstoffen im eigenen Kontinent. Dadurch entstehen auf beiden Seiten Nachhaltigkeit, Teilhabe und Wertschöpfung.

